

Beschluss Ordnung

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.16. Ordnung

Text

1 Sicherheit und Ordnung tragen maßgeblich zur Lebensqualität in unserer Stadt
2 bei. In Düsseldorf sollen alle Bürger*innen sicher leben und sich sicher fühlen.
3 Wer sich nicht sicher fühlt, meidet mitunter offene Plätze, öffentliche
4 Verkehrsmittel oder verzichtet auf die Teilnahme am Nachtleben. Das schränkt
5 individuelle Freiheiten und die selbstbestimmte Gestaltung des Alltags massiv
6 ein. Ziel unserer grünen Politik ist es Angst- und Sorgenfreiheit sowie
7 gegenseitige Rücksichtnahme zu fördern, um die Lebensqualität und die
8 individuellen Freiheiten der Düsseldorfer Bürger*innen zu gewährleisten. Dabei
9 ist für uns klar, dass Sicherheit eine von mehreren Voraussetzungen für Freiheit
10 ist, viele Sicherheitsmaßnahmen jedoch gleichzeitig Freiheitsrechte
11 einschränken. Die Maßnahmen müssen daher sehr gut abgewogen werden: sie müssen
12 erforderlich, wirksam und verhältnismäßig sein. Grundsätzlich haben für uns
13 präventive Arbeit, städtebauliche Maßnahmen und personelle Präsenz Priorität.

14 GRÜN wirkt

- 15 • Der Ordnungs- und Servicedienst (OSD) hat vielfältige Aufgaben vom
16 Jugendschutz über Lärmbeschwerden bis zur Überwachung von öffentlichen
17 Plätzen. Wir haben eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung
18 und der Aus- und Fortbildung angestoßen, soweit es die rechtlichen und
19 tariflichen Rahmenbedingungen aktuell erlauben.
- 20 • Für die Verkehrsüberwachung haben wir zusätzliche Schwerpunkte
21 beschlossen, insbesondere die Kontrolle von Falschparkern auf Rad- und
22 Gehwegen. In der Umsetzung müssen wir erkennen, dass hier mehr und
23 dauerhafter Druck notwendig ist.
- 24 • Die Ausweitung der Videoüberwachung haben wir kritisch begleitet. Die
25 Umsetzung ist begrenzt auf Bereiche der Altstadt, in denen die Polizei je
26 nach beobachteter Situation innerhalb kürzester Zeit eingreifen kann.

27 GRÜNE Vision

28 Angsträume vermeiden und sichere Heimwege schaffen

- 29 • Städtebauliche Maßnahmen können die Lebensqualität und das
30 Sicherheitsgefühl in unserer Stadt verbessern. Wir wollen maroder
31 Infrastruktur, verwahrlosten Plätzen, Vandalismus und Vermüllung
32 entgegenwirken. Stattdessen setzen wir auf Übersichtlichkeit, Sauberkeit
33 und ausreichend beleuchtete Plätze und Wege. (Verweis auf Kapitel Umwelt)
- 34 • Unterführungen oder Tiefgaragen werden oft als Räume von Bedrohung und
35 Gefahr wahrgenommen. Durch angemessene Beleuchtung, Sichtverbindungen und

36 die Schaffung von Übersichtlichkeit wollen wir solchen Angsträumen
37 entgegenwirken.

- 38 • Damit Fußgänger*innen nachts gar nicht erst auf die Nutzung von
39 Unterführungen oder Parks angewiesen sind, soll die Errichtung von
40 alternativen Um- und Überwegen geprüft werden.
- 41 • Besonders Frauen und ältere Menschen fühlen sich auf dem Nachhauseweg im
42 Dunkeln teilweise unsicher. Damit niemand auf den dunklen Fußweg nach
43 Hause angewiesen ist, wollen wir das Angebot im Öffentlichen
44 Personennahverkehr (ÖPNV) in den Abend- und Nachtstunden ausbauen. Da sich
45 viele Menschen im Bus sicherer fühlen als in der U-Bahn, werden wir einen
46 besonderen Fokus auf den Ausbau von nächtlichen Busverbindungen legen.
- 47 • Neben dem ÖPNV benötigen wir weitere Mobilitätskonzepte, die den
48 nächtlichen Weg zwischen Bus- oder Bahnhaltestelle und den eigenen vier
49 Wänden überbrücken. On-Demand-Dienste, also Services auf Abruf, sind dabei
50 eine moderne Alternative, die wir insbesondere für die Außenbezirke und
51 die Nachtzeiten nutzen wollen. Projekte der Rheinbahn und der Stadtwerke
52 unterstützen wir. Kooperationen mit dem Taxigewerbe wollen wir anstoßen.
- 53 • Damit sich Passagiere bei der Nutzung von Bus und Bahn zu späten und
54 nächtlichen Stunden sicherer und wohler fühlen, sollen Mitarbeiter*innen
55 der Rheinbahn als Fahrbegleiter*innen in den Bahnen mitfahren und für die
56 Passagiere ansprechbar sein.

57 Umwelt- und tierfreundliche Beleuchtung

- 58 • Eine ausreichende Beleuchtung muss kein Widerspruch zu Umwelt- und
59 Klimaschutz sein. Energiesparende und insektenfreundliche
60 Straßenbeleuchtung sollten eingesetzt werden, um Klima und Tier zu
61 schonen. (Verweis auf Kapitel Umwelt)
- 62 • Der Nutzen von Beleuchtung mit dimmbaren und in der Lichtfarbe
63 veränderbaren Leuchtmitteln sollte ebenfalls auf weniger genutzten Wegen
64 geprüft werden, um auch in abgelegenen Gebieten Angsträume zu vermeiden
65 und gleichzeitig Energie zu sparen.

66 Mehr Lebensqualität durch eine saubere Umwelt

- 67 • Gezielte Öffentlichkeitskampagnen sollen eingesetzt werden, um über
68 Umweltverschmutzung aufzuklären, ein Bewusstsein für ihre Problematiken
69 und Konsequenzen zu schaffen und Bürger*innen und Gäste für ein
70 solidarisches Miteinander im öffentlichen Raum zu gewinnen.
- 71 • Vermüllte Plätze, Wege und Parks sind nicht nur schlecht für unsere
72 Umwelt, sondern beeinflussen auch maßgeblich, wie wohl wir uns in unserer
73 Stadt fühlen. Wir wollen, dass Vermüllung und Umweltverschmutzung zum
74 Wohle von Mensch und Umwelt streng kontrolliert und konsequent geahndet
75 werden.
- 76 • Die Entsorgung von Müll in Natur und Gewässern gefährdet Mensch, Tier und
77 Umwelt. Wir fordern eine strenge Ahndung solcher Ordnungswidrigkeiten

78 gegen die Umwelt und die Errichtung eines Naturschutzfonds, in den Mittel
79 in Höhe dieser Bußgelder fließen sollen. Die Einnahmen des
80 Umweltschutzfonds sollen genutzt werden, um städtische
81 Naturschutzmaßnahmen zu finanzieren. (Verweis auf Kapitel Umwelt)

- 82 • Weggeworfene Zigarettenkippen auf Straßen und Wiesen sind nicht nur
83 hässlich, sondern gefährden auch unsere Gesundheit, wenn sie in Gewässer
84 gelangen und unser Grundwasser verunreinigen oder sogar Brände entfachen.
85 Wir fordern Aufklärungskampagnen sowie eine Erhöhung des Bußgeldes für
86 weggeworfene Zigaretten auf 100 Euro.

87 Sicherheit durch personelle Präsenz

- 88 • Videobeobachtung im öffentlichen Raum ist ein großer Eingriff in die
89 individuelle Freiheit. Sie soll nur eingesetzt werden, wenn die Polizei
90 auch ein umgehendes Eingreifen garantieren kann. Wir wollen vor allem auf
91 ausreichende personelle Präsenz der Polizei und des städtischen Ordnungs-
92 und Sicherheitsdienstes (OSD) setzen, die für Bürger*innen ansprechbar
93 sind und in gefährlichen Situationen tatsächlich eingreifen können.
- 94 • Die alltägliche Arbeit des OSD erfordert Sensibilität und viel
95 Fingerspitzengefühl. Wir wollen die Attraktivität dieses Berufes durch
96 eine gute Ausbildung, ein faires Gehalt sowie berufliche Perspektiven
97 steigern, um qualifiziertes Personal für den OSD zu gewinnen. Des weiteren
98 benötigen die Mitarbeiter*innen qualifizierte Fortbildungen und die
99 Gelegenheit zur Supervision. „Doppelstreifen“ von OSD und Polizei haben
100 sich bewährt und sollen ausgebaut werden.
- 101 • Wir fordern einfache Kontaktmöglichkeiten und zentrale Ansprechstellen,
102 bei denen Bürger*innen ordnungspolitische Fragen und Probleme zu
103 Baustellen, Lärm, Staub und Verkehr klären und melden können – unabhängig
104 davon, welches Fachamt formal zuständig ist.
- 105 • OSD-Mitarbeiter*innen müssen sich gegen Gewalt und potenzielle Übergriffe
106 gut schützen können. Strategien der Deeskalation sowie Techniken zur
107 Selbstverteidigung haben dabei für uns immer Vorrang. Deshalb setzen wir
108 auch in diesem Zusammenhang vor allem auf die Stärkung von Aus- und
109 Fortbildungen. Die Ausrüstung des OSD mit Waffen, etwa durch Schlagstöcke,
110 lehnen wir ab.
- 111 • Ordnungspolitische Maßnahmen, die obdachlose Menschen grundsätzlich von
112 öffentlichen Plätzen fernhalten sollen, sind menschenunwürdig und
113 verlagern Obdachlosigkeit nur. Wir wollen die differenzierten Angebote für
114 obdachlose Menschen ausbauen, von Notschlafstellen über Unterkünfte bis
115 zur Vermittlung in Wohnungen (Verweise auf Kapitel Wohnen und Soziales).
116 Dies soll auch öffentlichkeitswirksam vertreten werden.
- 117 • Für eine Überarbeitung der Düsseldorfer Straßenordnung wollen wir einen
118 partizipativen Prozess anstoßen. Insbesondere zum umstrittenen § 6, der
119 „störendes Verhalten“ definiert, wollen wir die Perspektiven und
120 Bedürfnisse aller Betroffenen im Verfahren berücksichtigen.

121 Sicherheit im Straßenverkehr

- 122 • Wir setzen uns für die personelle Aufstockung der Fahrradstaffel des
123 Ordnungsamtes ein, die mit mindestens drei Streifen täglich überwachen
124 soll, ob Fahrradstraßen, Radwege, Gehwege und barrierefreie Überwege
125 zugesperrt werden.
- 126 • Falschparkende Autos, die Rettungswege versperren oder Fußgänger*innen und
127 Fahrradfahrer*innen zwingen, auf die Straße auszuweichen, gefährden
128 konkret Menschenleben. Hier darf es keine Toleranz geben. Wir fordern mehr
129 Kontrollen, eine strenge Ahndung und konsequentes Abschleppen von
130 verkehrsgefährdenden Falschparker*innen. (Weitere verkehrspolitische
131 Maßnahmen zur Erhöhung Sicherheit im Straßenverkehr, Verweis auf Kapitel
132 Mobilität.)

133 Schutz vor Gewalt und Diskriminierung

- 134 • Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor vor allem Frauen und LSBTTIQ*
135 Gerade vor Ort kann Politik viel tun, um Betroffenen zu helfen. Die
136 Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die Stadt
137 muss helfen, Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu finden. (Verweis
138 Kapitel Gleichstellung und Vielfalt)
- 139 • Zur öffentlichen Sicherheit gehört auch Schutz vor Diskriminierung auf
140 Grund der Religion, der Hautfarbe, der Herkunft oder der sexuellen
141 Identität. Eine Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt
142 Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem
143 Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln,
144 aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer
145 Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu
146 diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben. (Verweis Kapitel
147 Gleichstellung und Vielfalt)

148 Weniger Werbung, mehr Platz für Grün

- 149 • Außenwerbungen können die Gestaltung der Stadt überlagern und
150 kommerzialisieren den öffentlichen Raum. Wir wollen kommerzielle Werbung
151 auf städtischen Werbeflächen im öffentlichen Raum verringern und den
152 Ausblick auf städtisches Grün und die Stadtgestaltung öffnen. Den
153 freigewordenen Platz wollen wir u.a. für Begrünung sowie für Ankündigungen
154 politischer, kultureller und gemeinnütziger Veranstaltungen und Aktionen
155 nutzen.
- 156 • Sexistische und menschenverachtende Werbung darf im Stadtbild keinen Platz
157 haben. Darüber hinaus sollen für städtische Werbeflächen klare Richtlinien
158 für u.a. Tabak-, Alkohol- und Glücksspielwerbung erarbeitet werden.

159 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 160 • 3 Gesundheit und Wohlergehen
- 161 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen